VERWALTUNGSGERICHT BERLIN

BESCHLUSS

In der Verwaltungsstreitsache

des Herrn , , , ,

Antragstellers,

Verfahrensbevollmächtigte (r):

Rechtsanwälte Bümlein, Kurfürstendamm 186, 10707 Berlin,

gegen

das Land Berlin, vertreten durch
das Landesamt für Bürger- und
Ordnungsangelegenheiten,
Ausländerbehörde,
Friedrich-Krause-Ufer 24, 13353 Berlin,

Antragsgegner,

hat die 15. Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin durch

den Vorsitzenden Richter am Verwaltungsgericht Görlich als Einzelrichter

am 3. Februar 2005 beschlossen:

Der Antragsgegner wird im Wege der einstweiligen Anordnung verpflichtet dem Antragsteller vorläufig eine Duldung zu erteilen.

Der Antragsgegner trägt die Kosten des Verfahrens

Der Wert des Verfahrensgegenstandes wird auf 2.500,- Euro festgesetzt

Gründe

Die Entscheidung oblag aufgrund Übertragungsbeschlusses der Kammer vorn heutigen Tage gemäß § 6 Abs. 1 VwGO dem Vertreter der Berichterstatterin als Einzelrichter.

Der Antrag des serbisch-montenegrischen Antragstellers,

den Antragsgegner im Wege der einstweiligen Anordnung zu verpflichten, ihn zu dulden,

ist gemäß § 123 Abs. 1 VwGO zulässig und begründet.

Der Antragsteller hat einen Anordnungsanspruch auf Erteilung einer Duldung nach § 60 a Abs. 2 AufenthG glaubhaft gemacht. Danach ist die Abschiebung eines Ausländers auszusetzen, solange sie aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich ist und keine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird. Bei der nur möglichen summarischen Prüfung der Sachlage erscheint eine Abschiebung zurzeit rechtlich unmöglich, weil sie einen unverhältnismäßigen Eingriff in Art. 6 Abs. 1 und 2 GG darstellen würde. Die Ehefrau des Antragstellers und das am 2002 geborene gemeinsame Kind C. verfügen über befristete Aufenthaltserlaubnisse. Aufgrund der eidesstattlichen Versicherung der Kindesmutter vom 8. November 2004 ist davon auszugehen, dass der Antragsteller mit seinem Sohn, seiner Ehefrau und deren älterem deutschen Kind aus einer anderen Beziehung in familiärer Gemeinschaft lebt und wesentliche Erziehungsaufgaben für die Kinder übernimmt. Ob - wie der Antragsgegner wohl mutmaßt - diese familiäre Gemeinschaft nicht vor der polizeilichen Meldung des Antragstellers in der Familienwohnung am 28. Oktober 2004 aufgenommen worden ist oder schon seit August 2004 (Einreise des Antragstellers ohne Visum) bestand, kann offen bleiben, weil auch die Aufnahme der Lebensgemeinschaft zu dem späteren Zeitpunkt die Schutzwürdigkeit der familiären Bindung nicht maßgeblich ändern würde.

Zwar kann wegen des öffentlichen Interesses an der Wahrung der Einreisevorschriften ein ohne das erforderliche Visum eingereister Ausländer regelmäßig darauf verwiesen werden, wieder auszureisen und die Familienzusammenführung vom

Heimatland aus zu betreiben. Dieser Grundsatz erleidet aber Einschränkungen bei der Lebensgemeinschaft mit kleinen Kindern, bei denen in der Abwägung zwischen dem Interesse an der Wahrung der Einreisebestimmungen und dem Familienschutz nur kurzfristige Trennungszeiten als verhältnismäßig anzusehen sind (vgl. BVerfG InfAuslR 2000, 67). Die Abschiebung oder auch die freiwillige Ausreise des Antragstellers würde voraussichtlich zu einer längerfristigen Trennung führen, denn der Antragsgegner wollte keine Vorabzustimmung für die Erteilung eines Visums geben. Vor allem aber hat der Antragsteller glaubhaft gemacht, dass bei seiner Ausreise die Gefahr bestünde, dass seine Ehefrau wegen Fortfalls der durch ihn gewährleisteten Kinderbetreuung ihre Vollzeittätigkeit aufgeben müsste und deshalb nicht mehr die Sicherung des Lebensunterhalts als Regelvoraussetzung für den Familiennachzug gewährleisten könne.

Gegen den Anordnungsanspruch kann nicht ins Feld geführt werden, der Antragsteller erstrebe nicht nur vorübergehenden Abschiebungsschutz, sondern einen Daueraufenthalt, der durch eine Duldung nicht gewährt werden könne. Denn wenn sich - gegebenenfalls nach weiterer Sachverhaltsaufklärung - im Hauptsacheverfahren die glaubhaft gemachte familiäre Betreuungskonstellation bestätigen sollte, käme, sofern nicht über die Wahrung der Einreisevorschriften hinausgehende widerstreitende öffentliche Interessen erkennbar worden, die Verpflichtung zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis auch ohne Nachholung des Visumsverfahrens gemäß § 30 Abs. 1 Nr. 4 und Abs. 2 i.V.m. § 5 Abs. 2 Satz 22. Halbsatz AufenthG durch Annahme einer Ermessensreduzierung in Betracht.

Ein Anordnungsgrund steht dem Antragsteller wegen der drohenden Abschiebung zur Seite.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 154 Abs. 1 VwGO. Die Streitwertfestsetzung beruht auf §§ 39, 52 ff. GKG.